

## **Gemeinschaft als Produktivkraft Gemeinschaftssinn und Modernisierungspolitik in Amerika**

### **1. Die Renaissance der „Gemeinschaft“**

Ein Kommentator der *Financial Times* berichtete kürzlich<sup>1</sup> von einem zufälligen Treffen mit dem amerikanischen Soziologen Amitai Etzioni. „The world's chief communitarian“ weilte in London, um dort Politikern und Ökonomen seine Ideen nahezubringen. Wie der Journalist anmerkt, ist er im Fall des Oppositionsführers Tony Blair auf offene Ohren gestoßen: „The Labour leader's principal contribution to British political discourse is that humans are social animals, dependent on mutual support.“ Augenscheinlich ist der Kommunitarismus in England angelangt. Von Amerika schwappt eine ähnliche Welle seit geraumer Zeit auch nach Deutschland. Getragen wird sie von einem neuen Bedürfnis nach Verbindlichkeit in der „unübersichtlichen“, unverbindlichen Welt des postmodernen Liberalismus. Die kohäsive Kraft westlicher Demokratien soll gestärkt, „Gemeinschaft“ in eine hoch individualisierte und konsumorientierte „Gesellschaft“ zurückgeführt werden.

Unter den englischen Marktwirtschaftlern, die bei dieser Gelegenheit mit Etzioni diskutierten, stieß die kommunitaristische Doktrin allerdings eher auf Mißtrauen. Nicht von ungefähr: In der Wirtschaftsrhetorik, insbesondere dort, wo das Überleben nationaler Standorte debattiert wird, spielt das „Soziale“ üblicherweise eine untergeordnete Rolle; der „menschliche Faktor“ taucht als ökonomische Größe allenfalls deshalb auf, weil er Lohnkosten verursacht oder Produktivitätsreserven enthält. Die eigentliche Sorge dieser Experten gilt den Unternehmen, nach deren Bedürfnissen ein Standort sich richten soll. Und hinter jeder Betonung des Sozialen vermuten sie die Rückkehr einer antiquierten „Stammesmoral“ (F.A. Hayek), deren Einfluß den Markt „vermenschlichen“, d. h. verfälschen und zerstören würde.

Die ökonomische Kritik am Kommunitarismus knüpft hier an eine alte Tradition an. Im (vermeintlichen) Anschluß an Ferdinand Tönnies hat man sich daran gewöhnt, die (organisch verschweißte) „Gemeinschaft“ als

Phänomen der Vergangenheit einzustufen, an dessen Stelle im Zuge der Modernisierung die (vertraglich verfaßte) „Gesellschaft“ getreten sei. Gemeinschaft wird demnach von Gesellschaft scharf getrennt: hier Interesse, da Gefühl, hier Kalkül, da Gewohnheit, hier Fremdheit, da Intimität. Die Konsequenz dieser begrifflichen Unterscheidung: das eine wird zum Synonym für Fortschritt und Wachstum, während das andere Antimodernität schlechthin symbolisiert.

So scheint die kommunitaristische Renaissance einerseits eine verbreitete und verständliche Sehnsucht nach Ordnung, Sinn und Wärme zu reflektieren; andererseits steht sie offenbar im Widerspruch zu den Gesetzen der arbeitsteiligen Ökonomie und einer konkurrenzfähigen Volkswirtschaft. Ist also die neue Debatte, zumindest unter Modernisierungsaspekten, illusionär, weil im Anspruch hoffnungslos überholt? Ist, anders gefragt, Gemeinschaftsrhetorik „reaktionäre Rhetorik“ und Gemeinschaft daher alles andere als eine „Produktivkraft“?

## 2. Wirtschaft und Gemeinschaft

Daß sich die Debatte so einfach nicht abtun läßt, zeigt schon ein Blick auf die „Vorlage“: Tönnies' Begriffspaar kennzeichnet nicht in erster Linie die zeitliche Abfolge zweier Regime, sondern beschreibt unterschiedliche Ordnungsgesetze. Gemeinschaft wird daher mit der Herausbildung rationaler Gesellschaftsstrukturen nicht notwendig obsolet, vielmehr mag sie sich durchaus als „ungleichzeitiges“ Gegenprinzip erhalten, das strukturbedingte Verwerfungen moderner Vergesellschaftung im kleinen Kreis (etwa der Familie) auffängt, ja vielleicht sogar (wie von John Dewey avisiert) die ausdifferenzierte Gesellschaft in eine „große Gemeinschaft“ transformiert.<sup>2</sup>

Daß selbst die „große“ Variante nicht einfach graue Theorie ist, dafür steht stellvertretend der diesseits wie jenseits des Atlantiks praktizierte Keynesianismus, lange Zeit das offizielle Credo der staatlichen Wirtschaftspolitik westlicher Demokratien. Freilich handelt es sich dabei um den hybriden Fall einer interessengeleiteten Gemeinschaft, deren Träger – Kapital und Arbeit und „aufgeklärter“ Staat – ihr gemeinsames Wohlergehen im Blick haben (müssen): „Mit der Etablierung des Bewußtseins von der funktionalen Interdependenz aller gesellschaftlichen Interessen bricht das Zeitalter des Boots an. Alle sitzen in einem Boot und sind zugleich Bootsplanken.“<sup>3</sup>

Der so entstehende „reale“ Wohlfahrtsbund ist in defensiver Manier auf die Binnenverhältnisse, das eigene Wirtschaftssystem mitsamt seinen

Konjunkturen und Krisen, ausgerichtet und verfestigt sich im bürokratischen Sozialstaat. Dessen fiskalische Krise bringt dann auch das Ende des keynesianischen Kommunitarismus – nicht jedoch jeglicher moderner Gemeinschaftlichkeit. Vielmehr nimmt eine neue Solidar-Rhetorik ihren Anfang.

### 3. Varianten der Gemeinschaftlichkeit

Die deutsche Antwort auf diesen Niedergang des Keynesianismus ist die national-ökonomische Standortdebatte. Den Platz der „flachen“ Gemeinschaft, gegründet auf materielle Interessen, soll jetzt eine „tiefe“ Solidarität, gespeist aus ideellen Motiven, einnehmen. Die Nutzen- verwandelt sich in Opfer-Rhetorik, bedingt durch eine offensive Kehre hin zum umkämpften Weltmarkt und den konkurrierenden Nationen. Das neue Ideal ist die Nation nicht mehr als Konsum-, sondern Produktionsgemeinschaft, deren prekäre Position auf dem Feld des freien Wettbewerbs allen (arbeitenden Menschen) hohe Leistungen abverlange und auch Entbehren zumute. Das Volk müsse sich nun hinter seine Unternehmer scharen, die Politik habe dem Primat der Wirtschaft zu gehorchen – ihre neue Aufgabe besteht darin, die Produktionsbedingungen der Unternehmen zu optimieren sowie ökonomische und soziale Anpassungslasten „kostenneutral“ abzuwälzen. Abbau des Wohlfahrtsstaats, Flexibilisierung der Arbeit und Reduzierung der Lohnkosten lautet das neue Credo.

Solche Töne sind in den USA ebenfalls zu hören, doch dort entwickelt sich gleichzeitig eine genuine Alternative. Als Reaktion auf die Krise der keynesianischen Wohlfahrtspolitik kommt es zur Renaissance „authentischer“ Gemeinschaftsvorstellungen, die an alte amerikanische Kulturbestände anschließen und von einer ökonomischen Befrachtung frei zu sein scheinen. Ihre Wurzeln liegen im lokalen und politischen Bereich: in der örtlichen Gemeinde, die das Leben an der Basis gemeinschaftlich zusammenhält. Alexis de Tocqueville beschreibt das Prinzip dieser Kommune: „Der Einwohner von Neuengland hängt an seiner Gemeinde nicht so sehr deswegen, weil er dort geboren ist, sondern weil er in ihr eine freie und starke Gemeinschaft sieht, zu der er gehört und die zu leiten sich lohnt.“<sup>44</sup>

Hier ist das wesentliche Prinzip der frühamerikanischen Ordnung erfaßt: eine vielfältige, aktive Einbindung ins kommunale Leben. Die Gemeinde ist der Ort sozialer Verpflichtung und öffentlicher Verantwortung: „Die Interessen, die Leidenschaften, die Pflichten und die Rechte

kreisen um die Gemeindepersönlichkeit und schließen sich eng an sie an. Im Schoße der Gemeinde herrscht wirkliches politisches Leben, rühlig, ganz demokratisch und republikanisch.“<sup>5</sup>

Der Kommunitarismus, der diese Debatte heute wieder aufnimmt, hat – zumindest in seiner philosophischen Ausprägung – hauptsächlich ein anthropologisches und demokratisches Anliegen; wirtschaftliche Aspekte bleiben außen vor. Es ist indes fraglich, ob sich diese „amerikanische“ Perspektive durchhalten ließe, wenn sie keine verborgene Kehrseite hätte, die ökonomisch verwertbar wäre. Ein erster (überraschender) Hinweis darauf mag darin liegen, daß im gemeinschaftlichen Überschwang die Gemeinde fast völlig untergeht. Statt dessen treten andere Institutionen in den Mittelpunkt der Debatte, allen voran die Familie.

#### 4. Die Familie als Standortfaktor

In Amerika wird seit einiger Zeit heftig um die Familie gerungen, und auch der merkwürdigen Melange zwischen traditionellem Konservatismus und wiedererwecktem Kommunitarismus ist sie ein besonderes Anliegen. Nun kann die Rettung der Familie auch im Namen der Familie selbst betrieben werden: sie will sich fortpflanzen, ihren Namen vererben, ihr Vermögen weitergeben.

Das Bemühen, dem Zerfall dieser Institution entgegenzuwirken, verdankt sich freilich auch ihrer (offensichtlich defizitären) Funktionalität. „The family is and should remain society's primary institution for bringing children into the world and for supporting their growth and development throughout childhood“, so beginnt ein typisches Plädoyer *pro familia*, das damit einen „New Plan for the Family“ einleitet und zitiert, was kurz zuvor der „Rockefeller Report“ zur Lage der amerikanischen Familie bereits berichtet hatte.<sup>6</sup> Im Bekenntnis zur Familie offenbart sich vor allem die Sorge um die Gesellschaft, deren Fundament brüchig geworden ist. Wie einschlägige Statistiken demonstrieren sollen, gibt es kausale Zusammenhänge zwischen der Erosion des „normalen“ Familienlebens und dem Niedergang des bürgerlichen Tugendkanons. Zugespitzt formuliert: kaputte Familien produzieren kriminelle Kinder, jedenfalls solche, die der Solidargemeinschaft früher oder später zur Last fallen. Lediglich den biologischen Fortbestand scheint Amerika noch sichern zu können, nicht aber seinen zivilisatorischen. Daher, erklären die Verfasser eines „kommunitaristischen Manifestes“, „ist es unser erstes und vorrangiges Anliegen, die Wichtigkeit der Gemeinschaft zu betonen, in denen ein

Engagement Gestalt annimmt und von einer Generation an die nächste weitergegeben wird“.<sup>7</sup> Und für diese Arbeit eignet sich vorrangig die Familie – so sie denn funktioniert.

Für die Verfechter der Familie (kommunitaristisch oder nicht) ist sie deshalb keine Privatsache. *Family values* sind in erster Linie gesellschaftliche Werte, die nicht für, sondern von der Familie erbracht werden. Die Gesellschaft hat ein natürliches Interesse am Ausgang dieser Vermittlungsarbeit; die Eltern müssen also (wieder) in die selbstverständliche Pflicht für eine umfassende Erziehung genommen werden, zum Wohle der Kinder ebenso wie der Nation. „Die Entscheidung für Kinder bringt die moralische Verantwortung mit sich, nicht nur für ihre materiellen Bedürfnisse zu sorgen, sondern auch für eine an moralischen Werten orientierte Erziehung und Charakterbildung.“<sup>8</sup>

Etzioni kleidet das in den Begriff des *basic parenting*. Nach dieser Vorstellung sollen in der Familie vor allem zwei Dinge vermittelt werden: *mutuality* und *civility*. Ersteres charakterisiert das Verhältnis der Menschen untereinander, steht für die Überwindung von Egoismen, schafft das Bewußtsein für gegenseitige Abhängigkeit und liefert damit die notwendige Grundlage für den Gemeinsinn. Letzteres beschreibt eher das Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft, umfaßt Regeln und Werte, und führt ein in den Tugendkanon der bürgerlichen Ordnung. Dabei gilt es, eine prekäre Balance aufrechtzuerhalten zwischen emotionaler Unterstützung und Leistungsanforderungen. Versagen die Eltern hier, kommt es zu charakterlicher Einseitigkeit: „It seems that in their education, children need two kinds of parenting, the expressive and the instrumental. Given only emotional security, the child will tend to underachieve, given only pressure to grow, the child will tend to grow up obsessively driven.“<sup>9</sup> Wobei diese Asymmetrie in der Not durchaus in Kauf genommen wird, denn, so Etzioni, „while providing patterns of mutuality is an essential feature of the family America now needs, it is second in importance to the education of children.“<sup>10</sup>

Die Vermittlung von Sekundärtugenden, d.h. gesellschaftliche Integration ist am Ende von höherer Bedeutung als Solidarität im Rahmen der Gemeinschaft. Immerhin, so lautet die Begründung Etzionis, sei die Familie die primäre „Erziehungsanstalt“ im Staat, auf der alle anderen Institutionen aufbauen müssen. Verdrängt werden dabei politisches Engagement und politische Selbstbestimmung; Vorrang hat vielmehr die soziale „Robustheit“ unter Modernisierungsdruck: Etzioni weist darauf hin, daß „a special tradition of civility“ die Gesellschaft gegen „shocks caused elsewhere by social change and economic distress“ immunisiere.<sup>11</sup>

Die robuste Gesellschaft aber braucht dann *mutuality*, wenn auch nicht bei Kindern, so doch zwischen den Erwachsenen. Für sie ist die Familie zwar kein „Hafen in einer herzlosen Welt“ (Ch. Lasch) mehr, keine private Gegenwelt, die den Druck des individuellen Existenzkampfes auffängt – zu tief sind die Effekte des Marktes in das Leben der Familie eingedrungen. Doch diese Kolonialisierung läßt sich in die Gemeinschaft einbetten. So wird im Zeitalter der Doppelverdiener von den Partnern verlangt, daß sie auch die häuslichen Aufgaben gemeinsam bewältigen. Wichtig wird elterliche Solidarität vor allem in Form einer Erziehungscoalition, umso mehr, als Charakterbildung ein Vollzeitjob ist und sich nicht delegieren läßt, wie die Verfasser des „Manifests“ betonen.<sup>12</sup> Diese solidarische Arbeitsteilung mag durchaus das Familienglück befördern und Scheidungen vorbeugen – darauf insistieren Bellah u.a.<sup>13</sup> Doch das schöne Gefühl ist eben auch aus der wirtschaftlichen Not geboren: die „moderne“, gleichberechtigte Ehe entsteht als Konzession an ökonomisch harte Zeiten, in denen ein Lohn allein zum Leben nicht mehr ausreicht.

Ganz deutlich zeichnet sich ab, daß es in dieser Debatte weniger um Bedürfnisse (der Familienmitglieder) geht, als um Pflichten (der Eltern), die der Gesellschaft (von der Gemeinschaft) geschuldet sind. „Die Sozialisation erweckt im Individuum den Wunsch, das zu tun, was es tun muß, und die Familie ist die Instanz, der die Gesellschaft diese komplexe und heikle Aufgabe anvertraut.“<sup>14</sup> Erhoffen können sich die Beteiligten wenig, allenfalls die Befriedigung, ihre Pflicht erfüllt zu haben, und die vage Aussicht auf eine bessere Zukunft: „ (...) it seems obvious that, each individual life being short, the most profound of economic motives is almost always – and must necessarily be – family-oriented. Economic laborers seldom work only for themselves (...) It is for the family's welfare that so much gratification is deferred; that so many excruciating medical, educational, and emotional struggles are engaged in; that so much saving is attempted; and that investments which regard the future so much more than the present are undertaken.“<sup>15</sup>

Für die Kinder zu arbeiten, wird dann zum wichtigsten Motiv – Mensch und Ökonomie sind darauf angewiesen. Der Lohn der Familie liegt in ihr selbst.

## 5. Familienbetriebe und Betriebsfamilien

Die Vorstellung, daß sich Gemeinschaft ökonomisch nutzbar machen läßt, beschränkt sich nicht auf die emotionale und moralische Unterstützung

des Marktes durch das „traute Heim“. Bellah wendet diese Erkenntnis auch auf den eigentlichen Produktionsbereich an – denn auch dort gilt: „commitment to a community turns out to be a much stronger basis for an effective economy than the individualistic pursuit of self-interest.“<sup>16</sup> Soll heißen: das Wohl des Betriebs steigert sich mit dem Geist der Gemeinschaft.

Manchmal fallen beide Bereiche direkt ineins: dann nämlich, wenn Familienmitglieder gleichzeitig zu Arbeitskollegen werden. George Gilder schildert einen solchen „Glücksfall“: in einer neuenglischen Kleinstadt beginnt eine libanesische Familie einen Gemüsehandel zu betreiben, ohne nennenswerte Ressourcen und der Landessprache nicht mächtig. Dennoch gelingt das schier Unmögliche: sozialer Aufstieg und wirtschaftlicher Erfolg innerhalb weniger Jahre. Was sich im Rahmen gängiger Unternehmensweisheit als Handicap ausnimmt – fehlendes Kapital – wird hier sozial reichlich ausgeglichen: „Wenige Unternehmen starten mit einem Bankkredit – Kleinunternehmen fast nie. Ihr Kapital ist die Arbeit.“<sup>17</sup> Und – die Familie, denn: „Das Geheimnis der libanesischen Familie waren die sechs Kinder (mit denen sie noch lange nach der Einwanderung auf der Prokopf-Einkommenskala weit unter der Armutsgrenze lagen) und die unternehmerische Einstellung des Mannes.“<sup>18</sup>

Der Wert dieser familialen Erfolgsstory wird allerdings dadurch geschmälert, daß es sich offensichtlich um ein vormodernes Modell handelt, das in einem traditionellen, ja frühindustriellen Ambiente angesiedelt ist. Indessen haben Piore und Sabel gezeigt, daß in einer postmodernen Ökonomie – als Gegenentwurf zu den *economies of scale* – kommunitive Praktiken florieren können. Zumindest in ihrem Anfangsstadium greift der *spirit of enterprise* auf familiäre Bindungen zurück. Anders läßt sich in solchen Fällen die Ressource Geld auch kaum beschaffen: „Die Tradition des Familialismus – die Nutzung verwandtschaftlicher Beziehungen als Strukturprinzip der industriellen Organisation – (...) erleichterten die Akkumulation von Kapital im Frühstadium der Dezentralisierung.“<sup>19</sup> Das gleiche gilt für die Ressource Arbeit, wenigstens in der benötigten Intensität: „Selbstausschöpfung – legitimiert (...) durch ein traditionelles Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Familie – ist wahrscheinlich entscheidend gewesen für das Überleben vieler solcher Firmen in ihrer verletzlichen Anfangszeit.“<sup>20</sup> Flexible Produktion, flexibler Einsatz von Arbeitskräften und geringe Lohnkosten heißen die Eckpfeiler dieser Ökonomie.

Was für den ländlichen Raum Italiens gilt, läßt sich offenbar auch im urbanen Amerika wiederfinden. Roger Waldinger beschreibt, wie eine scheinbar überlebte Produktionsweise der New Yorker Bekleidungsindu-

strie neues Leben eingehaucht hat: „The organization of the immigrant firms combined social and economic roles. The typical business was a family enterprise in which spouses, siblings, or relatives shared ownership and managerial responsibilities.“<sup>21</sup>

Familienbetriebe funktionieren parasitär. Das ökonomische Handeln wird in die Gemeinschaft integriert und kann dann auf kommunale Einstellungen – Vertrauen, Engagement, Solidarität – zurückgreifen, die es nicht selbst hergestellt hat. Waldingers Beispiel zeigt außerdem, wie sich die familialen Kreise, ohne daß sich ihr Funktionsprinzip ändert, systematisch ausweiten lassen: zuerst werden unmittelbare Familienmitglieder, dann die weitere Verwandtschaft, schließlich die Angehörigen derselben ethnischen Gruppe als Arbeitskräfte und Kooperationspartner rekrutiert.

Die Prinzipien der Gemeinschaftlichkeit dringen jedoch von solchen Randzonen auch ins wirtschaftliche Zentrum, die großen (und multinationalen) Unternehmen, vor. Dort allerdings müssen jene Strukturen, die in der Familie und ihrem natürlichen Umfeld noch frei verfügbar waren, erst aufgebaut werden. Die Umkehrung des Prinzips – anstelle der Integration ökonomischen Handelns in die Gemeinschaft soll nun gemeinschaftliches Handeln in die Ökonomie transferiert werden – bedeuten eine Abkehr von eingespielten Unternehmensphilosophien: so lautet das Fazit einer MIT-Kommission, die sich mit dem „produktiven“ Umbau Amerikas beschäftigt hat. „All of the changes in strategy and organization that we have described require departures from conventional job classifications, labor-management relations, career-progression ladders, and policies on employment security, training, and compensation.“ Zumal der notwendige Umbau nicht von oben verordnet werden kann: „Best-practice firms have recognized that improvements in quality and flexibility require levels of commitment, responsibility, and knowledge on the part of the work force that cannot be obtained by compulsion or cosmetic improvements in human-resource policies“.<sup>22</sup>

Daß „kosmetische“ Eingriffe nicht ausreichen, sondern grundlegende Reformen der Betriebsorganisation anstehen, diese Einsicht vertritt das kommunitaristische Lager ebenfalls.<sup>23</sup> Auch sein Anliegen ist es, die „wertvollste ökonomische Ressource“, „the creative interaction of people who have grown to understand and trust each other“, durch den „familialen“ Umbau der Unternehmen zu aktivieren. Die Vorschläge umfassen sowohl Positions- als auch Prozeßveränderungen, zusammengenommen sollen sie gewöhnliche Lohnabhängige zu „ökonomischen BürgerInnen“ aufwerten. Das Ziel ist einerseits, Betriebe (vor allem rechtlich) so umzu-

organisieren, daß den Beschäftigten mehr Mitbestimmung ermöglicht wird: „Ownership and decision-making power must be shared more equitably in an enterprise that depends on the intelligence and initiative of all its members, not just the ‚entrepreneur‘.“<sup>24</sup> Andererseits soll das kreative Potential der Beschäftigten durch einen ganzheitlichen Arbeitsansatz geweckt werden: neue Formen der Zusammenarbeit, möglichst wenig Routine und viel Automation befördern die Arbeitszufriedenheit und dienen nicht zuletzt der Produktivität. Wo der ganze Mensch involviert ist, wird der Beruf zur Berufung, die ihren Lohn in sich trägt. „These companies need not ‚hands‘, labor in the old sense of routine manual performance, and not just brains, but persons, persons who trust each other and genuinely enjoy working together.“<sup>25</sup>

Am Ende steht die Vision einer „democratic learning community“<sup>26</sup> im Innern profitabel wirtschaftender Unternehmen. Im kommunitaristischen Denken fallen Produktivität und Profitabilität als durchaus willkommene Nebenprodukte ab. Für zeitgenössische Managementphilosophen hingegen sind sie *conditio sine qua non*, und Gemeinschafts-Rezepte gewinnen nur aus diesem Grund an Interesse. Da aber beide Lager davon ausgehen, daß Wirtschaft und Gemeinschaft sich wechselseitig beflügeln, kommt die Übereinstimmung ihrer Reformideen nicht von ungefähr, allenfalls das Vokabular unterscheidet sich. Betriebe können nicht produktiv arbeiten, „unless workers understand the overall production process and unless their wages, job security, or profit-sharing arrangements give them a sense that they have a stake in the firm’s future.“<sup>27</sup>

„Schlanke“ Unternehmen, Qualitätszirkel, *job rotation*, Gewinnbeteiligung, Arbeitsplatzsicherung, oder: *kanban*, *kaizen*, *heijunka* sind Innovationen, die die Leistungsfähigkeit der Unternehmen steigern, indem sie den Gemeinschaftsgeist fördern. Was bei Tocqueville seinen Ausgang genommen hat, endet bei Toyota: der Konkurrent wird zum Vorbild.<sup>28</sup>

## 6. Die Nation als Standortfaktor

Auf dem Weg von unten nach oben ist das Unternehmen nicht die letzte Stufe der Vergemeinschaftung; über ihm steht als umfassende Gemeinschaft die Nation. Das Postulat einer nationalen Erneuerung – einer gemeinsamen Anstrengung, verlorenen Boden wettzumachen – findet sich bei allen Diskutanten wieder. Freilich löst sich die bisher relativ geschlossene „Front“ auf und zerfällt in zwei Varianten einer *great community*: eine aggressiv, eine defensiv.

Vertreter einer aggressiven Vergemeinschaftung rüsten für die kommende Herausforderung korporatistisch auf. Da ihrer Ansicht nach die Gegner Amerikas nicht nur in der Wirtschaft zu finden sind – „American companies face competition from foreign business-government partnerships – not just from overseas corporations but from working alliances of corporations and government ministries of international trade and industrie.“<sup>29</sup> – schmieden sie ein breites Gegenbündnis im eigenen Land. Es umfaßt beide großen Parteien, die Wirtschaft, die Gewerkschaften und den Staat, von dem eine aktive Industriepolitik erwartet wird.<sup>30</sup> Am Ende mündet diese Position in einen ökonomischen Nationalismus mit starken Anklängen an das deutsche Modell.

Die meisten Kommunitaristen stehen dieser Version der Vergemeinschaftung mißtrauisch gegenüber, weil ein starker Staat in ihre Vorstellungswelt nicht paßt (übrigens hat Etzioni seine englischen Kritiker darauf hingewiesen, daß die Vorstellungen von Kommunitaristen und klassischen Liberalen sich in diesem Punkt sehr nahe kommen).<sup>31</sup> Einzig der militärische Ernstfall rechtfertigt in ihren Augen eine „totale Mobilmachung“: „The state is an alliance of communities for mutual defense and is concerned with matters of defense alone.“<sup>32</sup> Nationalistische Vergemeinschaftungsprozesse sind ansonsten nicht wünschenswert – und sie sind auch nicht möglich: „Außer in ungewöhnlichen Momenten wie einem Krieg erwies sich die Nation als zu große Einheit, um das gemeinsame Selbstverständnis aufrechterhalten zu können, das für Gemeinschaften im bildungsmäßigen oder konstitutiven Sinne des Wortes unabdingbar ist.“<sup>33</sup>

Es sieht jedoch ganz danach aus, als ob der Ausnahmezustand in der Zwischenzeit seinen Charakter verändert hätte und damit permanent geworden wäre: „a genuine confrontation, with the emotional equivalent of war, may now be in the offing for the United States: the challenge of reestablishing our global economic primacy, and doing so in a world very greatly changed from the era of comfortable American trade and industrial leadership that obtained before Vietnam.“<sup>34</sup> Geschäfte, so Phillips, sind eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, und der Weltmarkt ist das Schlachtfeld für den „Weltwirtschaftskrieg“ (E. Luttwak).<sup>35</sup>

Soweit der Kommunitarismus diese (zugespitzte) Lage zur Kenntnis nimmt, versucht er, sich ihr durch eine defensive Wendung zu entziehen. Erstens soll die nationale Vergemeinschaftung auf „spirituelle“, nicht institutionelle Weise vollzogen werden, so daß an der Spitze kein

korporatistischer Machtapparat entsteht, sondern eine primär symbolische Instanz, die verantwortliche „Führung“ – *leadership* – praktiziert.<sup>36</sup> Davon „bliebe auch die Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft (...) nicht unberührt. Dies bedeutete nicht notwendig eine direkte Kontrolle der Wirtschaft, auf keinen Fall aber Nationalisierung.“ Wohl aber würde sich, zweitens, die Nation nach innen wenden und die wirtschaftliche Dynamik in ihren Grenzen domestizieren: „Es käme vor allem auf ein verändertes Klima für unternehmerische Entscheidungen an, auf die Ermutigung neuer Initiativen zur Wirtschaftsdemokratie und zur Übernahme sozialer Verantwortung, gleichgültig, ob sie von ‚privaten‘ Unternehmen oder von kleinen und mittleren Gemeinschaftsunternehmen ausgingen.“<sup>37</sup>

Um das politische Idyll Bellahs zu verwirklichen, müßte Amerika allerdings die Möglichkeit haben, aus dem „Weltwirtschaftskrieg“ auszuweichen. Das ist (für Amerika) nicht per se eine Illusion. Immerhin gibt es dafür seit kurzem ein Szenario, das die Konkurrenzorientierung als falsche, ja „gefährliche Obsession“ kritisiert.<sup>38</sup>

## 7. Schlußbemerkung

Ein Faktum kann (und will) indes auch der friedfertige Kommunitarismus nicht aus der Welt schaffen: die globale Verflechtung, die sich mit oder ohne „Krieg“ weiter intensivieren wird. Unter dieser Voraussetzung wäre es für ihn selbstzerstörerisch, am ursprünglichen (geborgten) Ideal der politischen und lokalen Autonomie festzuhalten. Stillschweigend hat er es begraben – so als ob ihm klar geworden sei, daß nur ökonomisch verwertbare Ideen eine Zukunft haben.

- 1 Financial Times March 18/19, 1995 („Blair’s community spirit“ by Joe Rogaly).
- 2 Analog dazu hat für Michael Walzer der Kommunitarismus nicht den Rang einer Gesellschaftstheorie, sondern ist eine notwendige und periodisch wiederkehrende (kritische) Debatte innerhalb liberaler Demokratien. Vgl. M. Walzer, Die kommunitaristische Kritik am Liberalismus, in: A. Honneth (Hrsg.), Kommunitarismus, Frankfurt a. M. 1993, S. 157-180.
- 3 G. Vobruba (Hrsg.), „Wir sitzen alle in einem Boot“. Gemeinschaftsrhetorik in der Krise, Frankfurt a. M. 1983, S. 24.
- 4 A. de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, Bd. 1, Zürich 1987, S. 99.
- 5 Ebenda, S. 62.
- 6 Vgl. dazu: R. T. Gill/T. G. Gill, A New Plan for the Family, in: Public Interest, Nr. 111, 1993, S. 86-94, hier S. 86.
- 7 FAZ, 8. 3. 1994 („Die Stimme der Gemeinschaft hörbar machen“).
- 8 Ebenda.

- 9 A. Etzioni, *An Immodest Agenda*, New York 1983, S. 117.
- 10 Ebenda, S. 111.
- 11 Ebenda, S. 60.
- 12 Vgl. dazu FAZ (Anm. 7).
- 13 R. N. Bellah u.a., *The Good Society*, New York 1991, S. 259.
- 14 Ch. Lasch, *Geborgenheit*, München 1987, S. 19.
- 15 M. Novak, *The Spirit of Democratic Capitalism*, New York 1983, S. 162f.
- 16 Bellah, *Good Society* (Anm. 13), S. 94.
- 17 G. Gilder, *Reichtum und Armut*, Berlin 1981, S. 70, 71.
- 18 Ebenda, S. 71.
- 19 M. Piore/Ch. F. Sabel, *Das Ende der Massenproduktion*, Frankfurt a.M. 1989, S. 252.
- 20 Ebenda.
- 21 R. Waldinger, *Immigrant Enterprise in the New York Garment Industry*, in: *Social Problems*, Jg. 32, 1984, S. 60-71, hier S. 65.
- 22 M. L. Dertouzos u.a., *Made in America*, Cambridge 1989, S. 125.
- 23 Vgl. dazu Bellah, *Good Society* (Anm. 13), S. 108.
- 24 Ebenda, S. 102.
- 25 Ebenda, S. 94, 106.
- 26 Ch. Strain, zit. nach: Bellah, *Good Society* (Anm. 13), S. 100.
- 27 Dertouzos, *Made in America* (Anm. 22), S. 124.
- 28 Vgl. dazu ebenda, S. 124f., 149; J. P. Womack u.a., *Die zweite Revolution in der Autoindustrie*, Frankfurt a.M. 1994, S. 58ff., 60f., 67f., 158f.
- 29 K. A. Phillips, *Staying on Top*, New York 1984, S. 4.
- 30 Ebenda, S. IX; vgl. auch Dertouzos, *Made in America* (Anm. 22), S. 147ff.; Piore/Sabel, *Ende der Massenproduktion* (Anm. 19), S. 311ff.
- 31 *Financial Times* (Anm. 1).
- 32 P. Simpson, *Liberalism, State, and Community*, in: *Critical Review*, Jg. 8, 1994, S. 159 - 173, hier S. 159.
- 33 M. Sandel, *Die verfahrensrechtliche Republik und das ungebundene Selbst*, in: *Honneth, Kommunitarismus* (Anm. 2), S. 18-35, hier S. 33.
- 34 Phillips, *Staying on Top* (Anm. 29), S. 4f.
- 35 E. N. Lutwak, *Weltwirtschaftskrieg*, Reinbek b. Hamburg 1994.
- 36 Vgl. dazu R. N. Bellah, *Civil Religion in America*, in: *Daedalus*, Jg. 96, 1967, S. 1 - 21.
- 37 Vgl. dazu R. N. Bellah u.a., *Gewohnheiten des Herzens*, Köln 1987, S. 325; Walzer, *Kommunitaristische Kritik* (Anm. 2.), S. 173.
- 38 P. Krugman, *Competitiveness: A Dangerous Obsession*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 73, 1994, S. 28-44.